

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 60 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Verbandskollegen!

Harte Zeiten sind über Deutschland hereingebrochen. Schwer drückt die Teuerung auf den Arbeiterhaushalt. Wir Bauarbeiter stehen außerdem vor einer gewaltigen Krise in unserem Gewerbe. Dumpfes Hinbrüten und tatenlose Klage führt demgegenüber zu nichts. Auf uns kommt es an, wohin wir steuern! Heute mehr als je hat die Arbeiterschaft Veranlassung, sich dieses gesunde Vertrauen in die eigene Kraft nicht rauben oder verkümmern zu lassen.

Das wollen besonders wir Bauarbeiter beherzigen. Durch die energische Anwendung der Selbsthilfe haben wir in der Vergangenheit bedeutende Fortschritte in der Verbesserung unserer wirtschaftlichen und sozialen Lage erzielt. In der eigenen Kraft, gesammelt und organisiert in den Gewerkschaften, liegt auch gegenwärtig die stärkste Gewähr für einen neuen Aufstieg unseres Standes.

Aus dieser Erkenntnis gilt es jetzt für unsere Verbandsarbeit die Folgerungen zu ziehen. In den kommenden Wochen müssen noch einmal alle Kräfte zusammengefaßt werden zu dem Ziel: **Stärkung unseres christlichen Bauarbeiterverbandes!**

Notwendig ist vor allem eine **Neubelebung** der **Werbearbeit**. Die Voraussetzungen für den Erfolg sind heute in mancher Hinsicht günstiger als in den Vorjahren. Wir erleben gegenwärtig eine kaum noch geahnte Wiedergeburt des nationalen Gedankens. Ruht diese unserer Bewegung günstigste Grundstimmung aus, indem Ihr mit doppeltem und dreifachem Eifer an die Zurückgewinnung der falsch organisierten geht! Holt den letzten Anorganisierten heran! Stützt die Wankelmütigen in den eigenen Reihen! Trefft jetzt schon alle Vorbereitungen zur möglichst reiflosen Erfassung der zu Ostern ins Baugewerbe tretenden Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter.

Mit gleicher Energie muß an der **Stärkung der Finanzkraft** des Verbandes gearbeitet werden. Geldentwertung und Lässigkeit in der Beitragszahlung haben die Gewerkschaften in eine schwierige Lage gebracht. Es hieße alle bisherigen Errungenschaften preisgeben, wollte die Arbeiterschaft nicht alles tun, um die Gewerkschaften ungeschwächt über die gegenwärtige Notzeit unseres Volkes hinwegzuführen. Das wird aber nur gelingen, wenn der Grundsatz: **„Einen Stundenlohn als Wochenbeitrag“** buchstäblich und auf der ganzen Linie durchgeführt wird. Jede Lohnerhöhung muß automatisch die **satzungsgemäße Beitragserhöhung** nach sich ziehen. Die einkassierten Gelder müssen laufend, d. h. am besten wöchentlich, an die Hauptkasse eingesandt werden, damit diese das Geld verbündet anlegen kann.

Mit besonderem Nachdruck wenden wir uns an die **Vorstandsmitglieder** und sonstigen **Vertrauensmänner** des Verbandes. Von ihrer **Pflichttreue** und **Gewissenhaftigkeit** hängt in erster Linie der Erfolg ab, den wir uns von der Durchführung der vorstehenden Aufgaben versprechen. Die Gleichgültigkeit und den Kleinmut bekämpfend, selbst leuchtende Vorbilder idealen und opferbereiten Gewerkschaftstümpfertums, so sollen sie ihrer Schar vorangehen. Und noch mehr als bisher kommt es auf ihr **selbständiges Arbeiten** an. Die ungeheuerlich gestiegenen **Fahrtkosten** und **Spesen** schränken die **Reisen** der **Verbandsangestellten** auf ein **Mindestmaß** ein. Es darf und wird daraus ein **Schade** für den **Verband** nicht entstehen, wenn die **örtlichen Führer** ihre **Pflicht** so erfüllen, wie

es **angefichts** der **gegenwärtigen Lage** von ihnen **erwartet** werden muß. —

Die **Arbeiterschaft** kann nicht erwarten, daß es ihr **jeweils** wieder **besser** geht, wenn sie nicht **zuerst** selbst **Hand** ans **Werk** legt. Das **Instrument** dieser **Selbsthilfe** sind die **Gewerkschaften**. Aber nur **starke, leistungsfähige** Verbände **verbürgen** den **Erfolg**. Bedenkt das **wohl, Kollegen!** **Idealismus** und **Opferwilligkeit** müssen die **Leitsterne** der **nun einsetzenden Frühjahrsarbeit** sein. In diesem **Sinne** rufen wir **Euch** auf zu **mutiger, entschlossener Tat!**

Die Idee unserer Bewegung

Nachdem wir in früheren Ausgaben die wirtschaftliche Grundeinstellung und die aus dieser sich ergebenden praktischen Aufgaben und Ziele unserer Bewegung näher behandelt haben, ist es notwendig, auch die Idee unserer Bewegung schärfer herauszuarbeiten. Die nachstehenden Gedanken sind der neuen Schrift: „Die geistigen Grundlagen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ entnommen, auf die wir auch bei dieser Gelegenheit empfehlen können.

Die Schriftleitung.

I.

Die größte Kraft schöpft eine Bewegung aus dem Glauben an ihre Idee. Sie ist das Ziel, das den Willen zum Handeln immer neubelebt und stärkt. Eine Bewegung ohne Idee ist der Erstarrung und dem Verfall anheimgegeben.

Die Ideenwelt der christlichen Arbeiterbewegung wurzelt im Religiösen. Die ewigen Menschheitsideen des Christentums sind ihre Grundlage. Und wenn wir kämpfen um neue Formen und Gesetze, dann kämpfen wir, um der menschlichen Gesellschaft eine Struktur zu geben, die den Grundzügen des Christentums besser entspricht, als die jetzige Gesellschaftsform. Wir wissen aber auch, daß Gesetz und geschriebene Rechte, für die wir kämpfen, nicht das Wesentliche sind. Sie sind wirkungslos, wenn nicht eine Gesinnungsumgestaltung im Sinne der christlichen Idee ihre Grundlage bildet. Die Idee der christlichen Arbeiterbewegung ist die christliche Gemeinschaftsidee. Sie ist älter als die Arbeiterschaft selbst, sie ist so alt wie das Christentum. Die christliche Gemeinschaftsidee war es, die zur Zeit des Urchristentums die brüderliche Liebesgemeinschaft der ersten Christen schuf. Sie hat im christlichen Mittelalter sich ausgewirkt und eine nie gekannte Kulturhöhe geschaffen. Heute ist allerdings nicht mehr die Zeit, den Liebeskommunismus einer ersten Christengemeinde zu verwirklichen. Dazu ist das Radwerk unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens zu kompliziert geworden. Aber doch liegt in der Verwirklichung des christlichen Gemeinschaftsgedankens der einzig mögliche Weg, um zur wahren Volksgemeinschaft zu kommen. Nur im Rahmen dieser Idee ist eine Gesellschaftsgestaltung möglich, deren Zeichen wahre Gerechtigkeit sein soll.

Das Bürgertum hatte den christlichen Gemeinschaftsgedanken in „Geschäften“ erstarrt. Die große Masse der Arbeiterschaft hat es zugelassen, daß der Marxismus an die Stelle dieses Gedankens die verschwommene liberalistische Idee von der kommenden Menschengemeinschaft setzte: Blindlings läuft sie dieser Idee nach. Der christlichen Arbeiterschaft bleibt die Aufgabe, die christliche Gemeinschaftsidee wieder zu verwirklichen. Bewußt und unbewußt hat sie immer eine untrennbare Einheit mit ihr gebildet.

Die Gemeinschaftsidee nach christlicher Auffassung ist mit dem Menschenbesein gegeben. Mit seinem Eintreten in die Welt gibt es für den Menschen ein „Fürsichsein“, es gibt aber auch ein „Miteinandersein“ in der Gemeinschaft. Das „Fürsichsein“ des Menschen bedeutet, daß jeder einzelne ein Mensch eigener Art, eigener Gaben, eigener Fassung ist. Damit ist eine unendliche Mannigfaltigkeit in die Menschengemeinschaft getragen. Die christliche Idee sieht in dieser Verschiedenheit des Menschen ein Ab-

bild der unendlichen Mannigfaltigkeit der ewigen Gottheit, wie die christliche Persönlichkeitsauffassung auch in jedem einzelnen Menschen in seiner eigenen Art ein Abbild des ewigen Gottes sieht. Und über allen Zielen des menschlichen Lebens steht immer das letzte Ziel, das ewige Wesen und Sein diesem ewigen Vorbild nachzubilden. Das ist der Sinn aller Persönlichkeitsentfaltung.

Das gleichzeitige „Miteinandersein“ mit den anderen Menschen schließt neben der Verantwortung für seine eigene Entfaltung auch ein Mitverantwortlichsein für Tun und Handeln dieser anderen, letzten Endes ein Mitverantwortlichsein für die ganze Volks- und Menschengemeinschaft ein. Es gibt kein Handeln des einzelnen, an dem nicht auch die anderen irgendetwas teil hätten, und es gibt auch kein Handeln der Volksgemeinschaft, an dem nicht der einzelne irgendetwas teil hätte. Und auch das letzte Ziel der Menschengemeinschaft ist immer: Verwirklichung ewiger Werte im einzelnen und in der Gemeinschaft.

Die christliche Auffassung von der einzelnen Persönlichkeit kennt kein Aufgehen des einzelnen in der Gemeinschaft. Wohl kennt sie ein freiwilliges Opfern des einen für viele, aber sie kennt nicht die mechanische Herrschaft der Masse über den einzelnen. Jeder Mensch hat das Recht sein eigenes Leben zu gestalten im Sinne der ihm von göttlicher Schöpferkraft verliehenen Gaben. Aber ebensowenig kennt die christliche Auffassung eine blinde Persönlichkeitsanbetung, ein hemmungsloses Ausleben der Persönlichkeit. Neben der Einzelpersönlichkeit steht die Gemeinschaft mit ihren Forderungen. Und das Wesen christlicher Solidarität besteht darin, daß ich mir immer und zu jeder Zeit auch meiner Verantwortung für diese Gemeinschaft bewußt bin.

Die rein verstandesmäßige Einsicht in diese christliche Gemeinschaftsauffassung ist aber noch nicht das Bindende. Die Bindung zwischen dem einzelnen Glied und der Gemeinschaft schafft erst der Strom einer lebendigen Gemeinschaftsgesinnung, die täglich mit erneuter Kraft aus dem religiösen Leben des einzelnen und der Gesamtheit fließt, wenn die Religion tatsächlich etwas Lebendiges ist, und nicht etwas Starres, etwas Gemohnheitsmäßiges, vom Vater auf die Söhne Vererbtes. Aus der lebendigen Religiosität einer Gemeinschaft fließt der Strom der Liebes-, Verantwortungs- und Opfergesinnung, der feste Gemeinschaftsbindungen schafft. „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ In diesem einfachen, uralten Gebot liegt die Norm für das christliche Gemeinschaftsleben, in ihm liegt auch die Verantwortung ausgesprochen für den andern, liegt die Forderung einer stets bereiten Opfergesinnung. Die Opfergesinnung ist das Lebensprinzip der Gemeinschaft, sie bietet auch die Garantie für das sittliche Wachstum der Einzelpersönlichkeit wie der Gesamtheit.

Noch ein anderes muß in diesem Zusammenhang ausgeführt werden: Die christliche Gemeinschaftsidee schließt eine ganz besondere Rangordnung der Werte ein. Auf der untersten Stufe stehen die materiellen Güter. Sie haben nur die Aufgabe, der Lebenserhaltung der Menschen zu dienen, und zwar um der geistigen Möglichkeiten willen, die jeder Mensch in sich trägt, um der Möglichkeit geistigen Schaffens willen. Um der Kultur, der geistigen Werte willen sind sie da. Beide aber, materielle und Kulturgüter, haben nur soweit Wert, wie sie der Verwirklichung von geistlichen Werten dienen. Wir nennen diese Werte mit einem einfach schlichten Wort Tugenden. Das Ziel, das die christliche Gemeinschaftsauffassung dem einzelnen wie der Gemeinschaft gibt, das Hinaufwachsen zu Gott ist die Verwirklichung dieser geistlichen Werte. Und überall da, wo eine ganze Volksgemeinschaft diese Rangordnung der Werte verwirklicht, da ist wahrer Fortschritt, wahre Entwicklung. Und nur in diesem Sinn erkennt das Christentum eine Entwicklung an.

Mit dieser Zeichnung der christlichen Gemeinschaftsidee, mit dieser Rangordnung der Werte, die

Die einschließt, ist für die christliche Arbeiterchaft ihre Idee gegeben. Es ist nicht die Idee der agitatorischen Geste, die sich auf die Straße tragen läßt, es ist die Idee des stillen Kräftes, für den einzelnen wie für die Gesamtheit. Es ist nicht die Idee revolutionärer Pfaffen, es ist die Idee revolutionärer Bestimmung, sie revolutioniert im besten Sinne des Wortes nicht die blinde Masse, sondern die Seele des Volkes. (Fortsetzung folgt.)

Die Gefährdung der Einheitsfront

Der feige Ueberfall auf ein arbeitames und wehrloses Volk, den sich die Franzosen an der Ruhr und im Saarland geleistet haben, hat in der Tat vermocht, aus der sich im Innern noig kampfenden Deutschen eine Einheitsfront aufzurichten. Der Ernst der Lage hat das zur Hande gebracht, und heute gibt es wohl kaum einen Menschen, der nicht wüßte, daß von dem Bestehenbleiben dieser Einheitsfront unser aller Schicksal, unser aller Existenz abhängt. Da man sich dessen bewußt ist, hält man sich Gott sei Dank fern von jedem leeren und nichtsjagenden Nationalismus, der nur zu oft dazu dienen muß, durch in Recht verkehrtes Unrecht die Stimmung der Massen zum Kochen zu bringen; dafür bemüht man sich, die ganze Schwere unserer Lage dem Volke vor Augen zu führen, alle Kräfte, die sich in dem Gehüll der Einheitsfront häßlich bemerkbar machen, mit rücksichtsloser Offenheit anzudecken und für ihre Ausbesserung Sorge zu tragen. Nur so, nicht mit Verheimlichungen und Vertuschungen und großen Siegen auf dem Papier können wir diesen großen Entscheidungskampf um unsere Freiheit und wirtschaftliche Existenz siegreich bestehen.

Der die Einstellung und Haltung der deutschen Arbeiterchaft kennt, der weiß, daß sie gewillt und entschlossen ist, in diesem uns eingebrungenen Kampf voll und ganz ihre Pflicht zu erfüllen, ja bis zum letzten und äußersten auszuhalten; denn gerade sie weiß heute ganz genau, warum es hierbei geht. Die bitteren Jahre der Nachkriegszeit haben der Arbeiterchaft zur Genüge die Augen darüber geöffnet, wer Preis die ersten und am härtesten getroffenen Opfer der gegen Deutschland geführten Schlage sind. Der Versailles Vertrag hat unsere, der Arbeiterchaft und ihrer Familien, Existenz auf die denkbar niedrigste Kulturstufe zurückgeworfen. Wir leben heute schlichter und ärmlicher als manche halbzwitlernde Völker — und bald werden wir uns ihnen auch in unserer Bekleidung anpassen. Alles die Frucht dieses verruchten Versailles „Friedens“-Instrumentes.

Was man jetzt aber unter dem jamaosen Deckmantel der Sanktionen mit uns vorhat, das geht noch viel weiter; gelingt es dem taub- und sungsugbewehrten französischen Imperialismus, unsere deutsche Wirtschaft ins Herz zu treffen — denn das ist sein Hauptziel —, dann sind wir, die menschlichen Träger dieser Wirtschaft, die unerschütterlichen Opfer. Denn sind wir nichts, als die mit Keppel und Kolbenhöfen vorwärts gestagten Sklaven des französischen Kapitalismus und seiner ebenso bequem wie rachsüchtigen Rentnerkassen, so daß wir zufrieden sein können, unsere nackte Existenz zu behaupten.

Das weiß unsere deutsche Arbeiterchaft ganz genau, und das wird und muß — neben allen übrigen Erwägungen — ihren Widerstand bis zum letzten fählen. Darum bildet sie aber auch den Kern der neuentstandenen Einheitsfront, sie stellt die Massen der Frontkämpfer, auf denen die Hauptlast des Kampfes ruht.

Soweit die Einheitsfront schon und gut. Doch in der Wirklichkeit sieht es leider noch vielfach anders aus. Während die Front an dem Grenzen merkmäßig kämpft, wühlt im Innern täglich die Schar bereit, die mit dem Dolch des Wunders und der Spekulation in ihren betrogenen Schieberhänden den Kämpfenden in den Rücken zu fallen drohen. Ihr Geschmeiß hat ja seit den Jahren des Krieges unsere Heimat zu seinem Sammelpfad ausgesucht, von woher ihnen jetzt manche Erfahrung im heimtücklichen Abwürgen eines schwer ringenden Volkes zufließen kommt. — Der einheitliche Zusammenklang der deutschen Herzen bei dem frechen Einbruch der Franzosen ließ sie erstreckt zusammenfahren. Sie wagten nicht, sich zu erheben und brachten im ersten Schrecken vor dem sich ergebenden Volkswort, vor dem ihr böses Gewissen sie ergränen ließ, ein kleines Opfer, in Form eiliger ergrünter oder ersehener Papierlappen für die Ruhrhilfe. Wer aber so optimistisch war, zu glauben, daß diese Gräber lange anhalten, der ist schwer auf dem Holzweg. Denn steht die Einheitsfront und fordert einmal wirklich Opfer von ihnen, so sind sie fort — wie weggeschlagen —, um hinten in verschwiegener Stille ihr lang geübtes schamloses Handwerk mit neuer Mute und neuer Unternehmungslust wieder aufzunehmen.

Man fragt: Ist es denn in Deutschland wirklich so schlimm, ist die Lage so schlimm, wie man diese Fragen zu hören, denn jeder kann sich heute mit eigenen Augen davon überzeugen. Wie ist es denn gewesen? Von der internationalen Spekulantbande wurde unsere Mark erst bis nach an den Nullpunkt herab entwertet. Bis auf 50 000 Mark der Dollar. Es dauerte keine drei Tage, da waren die Preise wieder herab. Wie zuvor ist wohl seitens der unerschütterlichen Geschäftswelt soviel Kauffahrt geleistet worden wie in jener Zeit. Von Stunde zu Stunde hingen die Preise der Lebensmittel, Gebrauchsgüter und Arbeitsstoffe. Und jede Nacht wurden die Preistafeln geändert. So wurden namentlich vom Handel nach dem letzten Grundbesitz des Wiederbeschaffungspreises Milliarden und aber Milliarden eingekauft. — Der aber, zum Beispiel, hat sich um den Wiederbeschaffungspreis unserer Arbeiterchaft auch nur den deut gerührt? Wir sehen das Klattern der Preise — unsere Frauen aber vergossen

bittere Tränen, wenn sie mit den unzulänglichen Röhnen ununterrichteter Sache die Läden verlassen mußten.

Plötzlich begann der Dollar zu sinken, Freude und Hoffnung kehrte ein. Denn endlich hatte einmal die Reichsbank Ernst gemacht und durch ein ganz systematisches Vorgehen den Spekulant auf Deutschlands Meite ein wenig auf die Finger geklopft. Der Dollar sank von zirka 50 000 bis auf zirka 18 000 und hält sich nun schon seit einigen Wochen auf zirka 23 000. Und nun sitzen wir alle da — nicht etwa seit heute, sondern schon seit mehr als vier Wochen, wo diese Markbesserung begann, und harren der Preisabbauten, die da kommen sollen. Vielleicht das Fett ist billiger geworden, ebenso einige Gebrauchsgüter, Wäsche und Kleidung in ganz geringem Ausmaße, dafür aber sind Fleisch, Milch, Gemüse und Kartoffeln eher noch im Preise in die Höhe gegangen. Hier zeigt sich unsere verkottete Geschäftsmoral in ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit und Brutalität. Das geben selbst Klätter unumwunden zu, die ihren Hauptberuf in den Schichten des Handels und der Industrie besitzen. Dieser Gesellschaft schreibt Dr. F. Pinner in Nr. 94 des „Berliner Tageblattes“ folgendes ins Stammbuch:

„Wir, die wir die Psychologie des sogenannten Wiederbeschaffungspreises seit längerer Zeit gründlich studiert haben, wissen, daß er eine Kalkulationsmoral mit doppeltem Boden darstellt. Steigt der Wiederbeschaffungspreis oder steigt selbst nur die Wiederbeschaffungspreise für die Devisen, so werden auch die alten Vorräte sofort auf den neuen Stand hinaufgezeichnet. Sinkt hingegen wieder der Beschaffungspreis, so gibt man kurz entschlossen das ganze System überhaupt auf und verweist auf die alten, noch vorhandenen, zu höheren Preisen eingekauften (oder oft nur auf Grund früherer Wiederbeschaffungskalkulationen hinaufgezeichneten) Vorräte, die erst verarbeitet werden müssen, ehe man billiger werden kann. Im übrigen müssen natürlich die steigenden Löhne (obgleich sie häufig nur 10—20 Prozent des gesamten Selbstkostenanteils darstellen), die Kohlenpreise und die Frachten als Gegengründe herhalten, deren Erhöhungen sich leider gerade immer dann einstellen, wenn sie als Vorwände gegen den Preisabbau sehr gut zu gebrauchen sind. Wir kennen diese Verhältnisse nun wirklich lange genug, um zu wissen, daß niemand sich zum billigen Verkauf seiner Waren, auch wenn dafür volkswirtschaftlich und privatalkulatorisch noch so stichhaltige Gründe vorliegen mögen, aus freien Stücken entschließt. Er tut es nur dann, wenn er durch die Lage des Marktes oder den Stand seiner Finanzen dazu gezwungen wird. Maßnahmen und Beschränkungen, auch der Appell an den Patriotismus, haben absolut keine Wirkung, besonders nachdem — in der Zeit der unbeliebten Erfüllungspolitik — derselbe „heilige Egoismus“ von manchen „Führern“ geradezu großgeschrieben worden ist, den sie heute — in der Zeit des nationalen Widerstandes — nicht genug verdammen können.“

Die ganze Sache hat aber noch eine andere, viel ernstere Seite. Das Herausragen der Preise entsprechend einem Dollarkurs von 50 000 und das Verbleiben auf diesem Thron, wo der Dollar auf 23 000 eine gewisse Stabilität erreicht hat, muß die Kosten unserer ganzen Lebenshaltung über den Weltmarktpreis hinwegtreiben. Damit eilen wir österreichischen Verhältnissen zu und versperren und selbst jegliche Ausfuhrmöglichkeit, auf die unsere Wirtschaft nun einmal angewiesen ist. Eine ganze Reihe inländischer Produkte und Rohstoffe stand ja schon lange über den Weltmarktpreisen. Es sei an das Holz erinnert. Da war Ausfuhr nur noch möglich auf Grund des beispiellos gesunkenen Reallohnes der deutschen Arbeiterchaft, die nicht den fünften Teil der amerikanischen verdient. Das war aber natürlich nur möglich, solange die Lebenshaltungskosten noch erheblich unter dem Weltmarktpreis sich befanden. Fällt das jetzt fort, so ist es mit dieser billigen Arbeitsleistung endgültig Schluss. Denn dann braucht der deutsche Arbeiter Goldlohn! Und dann noch drei- bis vierfache Goldpreise für die Waren, dann ist unsere Exportfähigkeit gebrochen, — und Frankreich mag ruhig aus dem Ruhrrevier ausziehen: sein Wunsch geht auch so in Erfüllung.

Das ist die erste Gefahr, die heute kein wahrer Vaterlandsfreund übersehen kann: Die Raffgier und der Wuchergeist besitzender Kreise bedroht die kämpfende Einheitsfront mit der Vernichtung aus dem eigenen Lager heraus. Oder denkt man wirklich, daß die Geduld der Arbeiterchaft unerschöpflich ist? Dem ist diesmal ganz gewiß nicht so. Deshalb verlangen wir ein rücksichtsloses Zupacken der Regierung gegen diese Mieneure unserer Einheitsfront. Kommt man ihnen „vor der Devijente“ — wie die Regierung in ihrem Optimismus hofft — nicht bei, so greife man zu wirksameren Mitteln! Selbst vor einer den neuen Verhältnissen angepaßten Zwangswirtschaft darf notfalls nicht zurückgeschreckt werden. Wir mahnen und warnen!

Wohnungsnot und Wohnungsbau in Baden

Bekanntlich betragen die fehlenden Wohnungen in Deutschland etwa 1,5 Millionen. Im Sitzungsrapport vergrößert sich, neben dem übrigen Land, auch weiter das Wohnungsfeind.

Zur Oktober 1920 belief sich die Zahl der fehlenden Wohnungen erst auf rund 800 000, sie hat sich also in zwei Jahren rund verdoppelt. Deutschland hat einen jährlichen Bedarf an neuen Wohnungen von ungefähr 150 000 bis 160 000. Neugeschaffen sind in den letzten Jahren insgesamt aber nur 110 000, von denen je rund 40 000 bis 50 000 jogen. Rot- und Werhwohnungen sind, die für die Allgemeinheit fast nicht in Frage kommen. Das im Herbst vorigen Jahres im Reichstag angenommene Wohnungsprogramm sah für 1922 die Errichtung von

200 000 Neuwohnungen vor; von dem Vorhaben ist aber nur ein Bruchteil verwirklicht worden. So wurden z. B. im 1. Quartal 1922 wirklich neu gebaut nur 5279 Wohnungen, trotzdem Reich, Staat und Kommunen Milliardenzuschüsse hergegeben haben. Im Oktober und November betrug die Zahl der ausgeführten Bauten nur ein Fünftel gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres. Besonders bedenklich ist, daß die Zahl der bei den Bauämtern angemeldeten Bauvorhaben ständig abnimmt; einem Durchschnitt von 4539 im Jahre 1921 standen im Juli 1922 nur Anmeldungen in Höhe von 2495 gegenüber. In 35 deutschen Großstädten sind in den vier Jahren 1918 bis 1921 nur 2480, 8212, 18 791 und 21 273 neue Wohnungsmöglichkeiten geschaffen worden, das heißt, die Zahl der neuen Wohnungen ist auf 4,9 bis 35,3 Prozent der Zahl des Jahres 1913 mit 59 903 zurückgegangen.

In Baden steht es etwas besser. Für das Kalenderjahr 1922 haben die Baukontrollen der Hochbauinspektoren 7695 neuerstandene Wohnungen gemeldet, zu welchem Zweck 3602 Neubauten erstellt und 994 Umbauten vorgenommen wurden. Diejenige Zugang von Wohnungen stellt ein Wohnungsabgang durch Brand, Abbruch usw. auf den gleichen Baugrundstücken von 457 gegenüber, so daß für den Zeitpunkt der zweiten Baubesichtigungen ein reiner Zugang von 7238 Wohnungen festzustellen ist. Hat auch der Wohnungsmarkt durch diese neugeschaffenen Wohnungen nicht die erwünschte Entlastung erfahren, so bedeutet doch die Zahl von 7695 neugeschaffenen Wohnungen eine sehr beachtenswerte Leistung, wenn man ihr die Neubautätigkeit in den Nachkriegsjahren und selbst diejenige im Jahre 1914 gegenüberstellt. Nach den mir vorliegenden statistischen Aufzeichnungen bezieht sich der Zugang an neuen Wohnungen im Jahr 1914 auf 5114, während in den Jahren 1919: 1712, 1920: 4636 und 1921: 5351 Wohnungen neu entstanden sind. Daß die erwünschte Entlastung des badischen Wohnungsmarktes nicht erzielt werden konnte, ist neben dem Umstand, daß in den Kriegsjahren so gut wie überhaupt nicht gebaut wurde, darauf zurückzuführen, daß sich der Wohnungsbedarf infolge der Zunahme an Scheidungen — am 1. Juli 1914 betrug die Zahl der Haushaltungen mit eigener Wohnung 469 391, am 1. Juli 1920: 498 422 mit eigener und 14 639 ohne Wohnung — gewaltig gesteigert hat und daß nicht zuletzt durch den Zustrom von Auslandsdeutschen und Angehörigen der Abtretungsgebiete Baden als Grenzland ganz erheblich belastet wurde. Baden hat wohl den Hauptzuström der Ausgewiesenen von Elßaß-Lothringen aufnehmen müssen.

Unter den 7695 gemeldeten neuen Wohnungen befinden sich 181 (2,4 v. H.) Einzimmer-, 1518 (19,7 v. H.) Zweizimmer-, 3519 (45,7 v. H.) Dreizimmer-, 2089 (27,2 v. H.) Vier- und Fünfrzimmer-, sowie 388 (5,0 v. H.) Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern. Der Bedarf und die Möglichkeit der Neuherstellung von Wohnungen minderer Größe, hauptsächlich von Dreizimmerwohnungen, sind also vorherrschend. So erwünscht es an sich auch wäre, diese Prozentzahlen in Zukunft beizubehalten, so verlangen doch die außerordentlich gestiegenen Baukosten gebieterisch, die Hunderttausende zugunsten der Ein- und Zweizimmerwohnungen zu verschieben.

Nach Gemeindegrößenklassen gruppiert, kamen von den im Kalenderjahr 1922 neuentstandenen Wohnungen auf die Gemeinden unter 2000 Einwohner 2259 (29,4 v. H.), von 2000 bis unter 5000 Einwohner 1891 (24,6 v. H.), von 5000 bis unter 10 000 Einwohner 402 (5,2 v. H.), von 10 000 bis unter 20 000 Einwohner 743 (9,6 v. H.), von 20 000 bis unter 100 000 Einwohner 1206 (15,7 v. H.) und auf die beiden Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern 1191 (15,5 v. H.), auf alle Gemeinden unter 10 000 Einwohner jedoch 4553 (59,2 v. H.), auf die 16 Gemeinwesen mit höherer Einwohnerzahl allein 3140 (40,8 v. H.). Auch in den Gemeinden der kleinsten Größenklasse entfaltete sich eine immer lebhaftere Wohnungsbautätigkeit, deren Hundertanteil von 29,4 denjenigen des Jahres 1921 mit 24,7 wesentlich überragt, ein Erfolg, der hauptsächlich der Tätigkeit der Bezirkswohnungsverbände zu danken ist.

Unter den großen Städten steht die Wohnungsbautätigkeit der beiden Großstädte Karlsruhe mit 606 und Mannheim mit 585 neuen Wohnungen an erster Stelle. Es folgen nach der Größe der Wohnungszahlen geordnet die Städte Heidelberg mit 394, Pforzheim mit 378, Freiburg mit 311, Strach mit 155, Offenburg mit 117. In den übrigen 9 Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern hat die Neubautätigkeit die Zahl von 100 Wohnungen nicht erreicht.

Die größere Zahl der im Jahre 1922 neugeschaffenen Wohnungen konnte nur mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse erstellt werden. Für 4358 oder 56,6 v. H. dieser Wohnungen waren zur Zeit der Hochbauinspektoren Baukostenbeihilfen bereits bewilligt, für weitere 274 Wohnungen (3,6 v. H.) sind Beihilfenanträge noch in der Schwebe. Die Zahl der ohne Beihilfen entstandenen Wohnungen würde sich demzufolge auf 3063 oder 39,8 v. H. beschränkt haben, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß infolge der fast angelegenen Baukosten nachträglich noch weitere Gesuche um Bewilligung von Bauarbeiten vorgelegt worden sind, denen auch zum größten Teil stattgegeben wurde, so daß sich der Hundertteil der ohne Beihilfen erhaltenen Wohnungen noch weiter ermäßigt.

An wohnungsuchenden Haushaltungen überhaupt wurden bei der Landeshebung am 1. Januar 1922 für die 16 badischen Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern allein 33 369 festgestellt, während die Vierteljahreshebungen bei den Wohnungsämtern dieser Städte am 1. Januar 1923 30 666 solcher Haushaltungen ergaben. Ein Ver-

Gemäß Bekanntmachung des Hauptvorstandes (siehe 4. Seite dieses Blattes) fällt die „Baugewerkschaft“ am Sonntag, den 25. März, aus. Die nächste Nummer erscheint am Sonntag, den 1. April (Ostern).

gleich dieser beiden Zahlen ist jedoch nicht möglich, weil in der Ausnahme vom 1. Januar 1922 die Tauschgesuche miteinhalten sind, während dies bei der Ausnahme am 1. Januar 1923 nicht der Fall ist.

Das Wohnungsamt Mannheim verzeichnete am 1. Jan. 1923 an wohnungsuchenden Haushaltungen ohne Tauschgesuch allein 12 621 (gegen 10 528 am 1. April 1922), die Wohnungsämter Karlsruhe 2658 (2185), Freiburg 2770 (2062), Heidelberg 2523 (2104), Pforzheim 1774 (1492), Konstanz 1753 (1403), Baden 1330 (1242), Offenburg 1280 (1355) usw.

Au dringlich anerkannten Wohnungsgesuchen (ohne Tauschgesuche) waren von den Wohnungsämtern der 16 Städte am 1. April 1922 im gesamten rund 11 000, am 1. Januar 1923 aber rund 14 000 oder annähernd ein Viertel (23,9 v. H.) mehr vorgebracht. Diese dringlichen Vorkerkungen am 1. Januar 1923 verteilen sich auf die Wohnungsämter wie folgt: Mannheim 7612 (gegen 6319 am 1. April 1922), Freiburg 1231 (1059), Heidelberg 812 (560), Pforzheim 727 (520), Konstanz 562 (518), Offenburg 540 (520), Karlsruhe 516 (333), Bruchsal 427 (350), Balingen 325 (310), Weinheim 228 (125) usw.

Im Kalenderjahr 1922 konnten von den 16 berichtenden Wohnungsämtern insgesamt 10 675 Wohnungen zugewiesen werden. Die Zuweisungen betragen 1216 (11,4 v. H.) Einzimmer-, 3765 (35,3 v. H.) Zweizimmer-, 3420 (32,0 v. H.) Dreizimmer- und 2274 (21,3 v. H.) Wohnungen mit vier und mehr Zimmern.

Aus vorstehenden Zahlen ist ersichtlich, daß im Musterlande Baden gearbeitet worden ist, um der Wohnungsnot energisch entgegenzuarbeiten. Ein Vergleich mit den übrigen Staaten des Reiches würde auch hier ergeben: Baden allen voran! Fr. Geurich.

Allgemeine Rundschau

Die deutschen Reparationsleistungen

Zugegeben, daß vielleicht alles das, was von Deutschland bereits verlangt worden ist, die Leistungsfähigkeit übersteigt; aber soweit ist es noch gar nicht. Wir warten noch immer auf wenigstens geringfügige Leistungen, darauf, daß Deutschland überhaupt einmal ernsthafte Versuche macht, mit der Reparation zu beginnen.

Nicht ein bestiebiger französischer Chaubnitz hat dies gesprochen, sondern der bekannte christlich-demokratische Abgeordnete Marc Sangnier, der mehr wie einmal bewiesen hat, daß er auch dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen will. Die Ausrufung beleuchtet die ganze Tragik der gegenwärtigen Lage des deutschen Volkes. Das Ausland weiß nichts von den deutschen Reparationsleistungen, weiß erst recht nichts davon, daß Deutschland in der Erfüllung des Versailler Vertrages bis nahe an die Grenze des Zusammenbruchs gegangen ist. Wir haben daher Anlaß genug, die tatsächlichen Leistungen Deutschlands immer wieder in die Welt hinauszuweisen, damit den wohlgestimmten Ausländern der Schleier von den Augen gezogen wird, den die französische Regierung und Presse vorsorglich darüber gelegt haben.

Die deutschen Leistungen vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 betragen in Ausführung des Versailler Vertrages und seiner Ergänzungen insgesamt mehr als hundert Milliarden Goldmark.

Zu bemerken ist, daß die Zahlen nicht als endgültig angesehen werden können. Eine Reihe von Leistungen hat bisher zahlenmäßig überhaupt nicht oder nur teilweise erfaßt werden können. Die Gesamtleistungen des Deutschen Reiches gehen daher beträchtlich über die folgenden Zahlen hinaus.

	In Goldmark
I. Vorkaufungen	2 140 000 000
II. Leistungen aus volkswirtschaftlichen Vermögen und aus laufender Produktion	11 113 000 000
III. Leistungen aus vorhandenen Beständen und Abtretung von Eigentum im In- und Ausland	29 394 000 000
IV. Sonstige Leistungen	3 371 000 000
V. Innere Ausgaben und Verluste	10 482 000 000
Insgesamt	56 500 000 000

Berücksichtigt man weiter den Wert Schaß-Bohringen und der deutschen Kolonien nach amerikanischer, nicht etwa deutscher Schätzung, sowie den rein militärischen Rücklaß in sämtlichen Räumungsgebieten, so gelangt man zu einer Gesamtleistung Deutschlands von mehr als 100 Milliarden Goldmark.

Sind die Löhne an der Steuervermehrung schuld?

Das Volksbureau verbreitet folgende Rundgebung der Reichsregierung: „Berlin, 6. März. Gegenüber mehrfach in der Presse geäußerten Zweifeln, ob es möglich sein würde, den durch die Markbesserung eingeleiteten Preisabwärt trotz äußerer und innerer Hemmungen erfolgreich weiter durchzuführen, muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Reichsregierung den einmal beschrittenen Weg entschlossen weiter verfolgt. Die befruchtete Ertragspreiserhöhung wird nicht wankeln. Von der zunächst in Aussicht genommenen weiteren Erhöhung der Frachttarife auf den Reichsbahnen wird abgesehen. Untersuchungen sind im Gange, welche eine Verbilligung der wichtigsten industriellen Grundstoffe zum Ziele haben. Die bisherigen Ergebnisse lassen erkennen, daß eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise nicht erfolgen wird. Die für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Düngemittel, wie Superphosphat und Kaliumsalpeter sind in diesen Tagen um 10 Proz. herabgesetzt worden. Mit der Verbilligung weiterer Düngemittel ist zu rechnen. Für den durch öffentliche Mittel geförderten Wohnungsbau ist eine Senkung der Baukosten durch Senkung der Holzpreise durchgesetzt. Unter diesen Umständen ist zu hoffen, daß der mit der Festigung der Mark einsetzende Preisrückgang der Einfuhrwaren nach und nach

Am 17. März 1923 ist der elfte, am 24. März 1923 der zwölfte Wochenbeitrag fällig.

auch zur Auswirkung auf den Warenmarkt im übrigen gelangen wird. Soll dieses Ziel erreicht und festgehalten werden, dann ist freilich auch dringend nötig, daß die Preiswelle nicht durch Lohnerhöhungen von neuem in Bewegung gesetzt wird. Erfreulicherweise wächst die Erkenntnis, daß höhere Papierlöhne nicht ohne weiteres eine Verbesserung der Lebenshaltung zur Folge haben, wohl aber die Warenpreise immer weiter steigern. Mögen alle an der Regelung der Lohnerhältnisse Beteiligten daraus die richtigen Lehren ziehen!

Wenn vernennen wir den Willen der Reichsregierung, den Preisabwärt entschlossen durchzusetzen; ihre bisherigen Versuche muten allerdings reichlich schwächlich an. Die Bemerkung über weitere Lohnerhöhungen können wir beim besten Willen nicht für glücklich halten. Die Kleinhandelspreise stehen auf dem etwa 4-5000fachen der Friedenssätze, die Löhne haben dagegen noch nicht den 2000fachen Stand erreicht. Hochgetrieben wurden die Preise, als der Dollar auf über 50 000 stand. Dann fiel der Dollarkurs auf 22-23 000 und hält sich nun schon seit Wochen auf dieser Höhe. Auf den entsprechenden Preisrückgang aber warten wir im großen und ganzen vergeblich. Unter solchen Umständen der Arbeiterschaft den Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen zu empfehlen, dünkt uns als eine schier unbillige Zumutung. Zu allermindest müssen die Löhne der derzeitigen Teuerung angepaßt werden. Die Stellungnahme der Regierung kann nur den einen Erfolg haben, daß sie den Widerstand der Unternehmer gegen jedwede Lohnerhöhung verstärkt und dadurch Lohnkämpfe hervorruft. Eine Stärkung der Einheitsfront wird auf diesem Wege bestimmt nicht erreicht.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, sind die Spitzenverbände der Gewerkschaften in der vorstehenden Angelegenheit bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Sie weisen dabei auf die ersten Besorgnisse hin, die in den Kreisen der gesamten Arbeiterschaft aus der Annahme entspringen, als ob die Reichsregierung jetzt in weiteren Lohnerhöhungen entgegenzutreten wolle. Demgegenüber stellte der Reichskanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne als gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemein durchgängige Hebung der gesamten Löhne den Preisabwärt unmöglich machen und damit, ohne der Arbeiterschaft auf die Dauer zu nutzen, das von allen erstrebte Ziel der Markstabilisierung gefährdet würde. Durch diese Auslegung ist der obigen Rundgebung ihre gefährliche Spitze abgebrochen.

„Der Internationalismus eine wunderbare Illusion“

Das Verjagen der sozialistischen Internationale gelegentlich des Inthronendruckes veranlaßt die „Solidarität“, das Organ des freigewerkschaftlichen Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, zu folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

„Aber der Nationalismus war noch längst nicht tot, er lebte in ungeschwächter Kraft fort und zeitigte manchmal Auswüchse, die uns am Internationalismus verzweifeln lassen. Offenbar ist der Internationalismus bislang noch in der Theorie stecken geblieben, er ist ein schöner Gedanke, eine wunderbare Illusion, aber in der Praxis merkt man wenig davon. Jedesmal, wenn die materiellen Interessen in Frage kommen, geht der theoretische Internationalismus in die Brüche, wie wir das an den neuesten Ereignissen beobachten können, wo wie uns dies der Weltkrieg und das Verhalten der Arbeiterklasse im Weltkrieg deutlich gezeigt haben. In allen Ländern trat damals die sozialistische Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit für den Schutz ihrer nationalen Interessen ein, und auch nach dem Kriege kann von einer wirklichen Verbrüderung des Proletariats im Sinne des Internationalismus kaum die Rede sein. Das wirtschaftliche Interesse der einzelnen Völker und ihrer Arbeiterschaft ist viel zu stark, als daß der internationale Gedanke, der noch immer in den Massen lebendig ist, praktische Wirkungen auszulösen vermöchte. Die Proletarier der einzelnen Länder empfinden instinktiv, daß ihnen das Heim näher ist als der Kosmos, und darum handeln sie in der Praxis von nationalen Gesichtspunkten aus, wenn sie auch bei feillichen Gelegenheiten das Banner des Internationalismus aus dem Schrank nehmen und im Winde flattern lassen. Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn es sich um die Konkurrenz auf dem Waren- und auf dem Arbeitsmarkte handelt. Jedes Volk sucht sich neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkte und will die fremden Waren beiseite drängen, und das Proletariat eines jeden Landes sucht sich die Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte möglichst vom Leibe zu halten. Es kommt unser Volk und unser Wohlergehen, und dann erst kommt ihr anderen an die Reihe, das ist der Grundsatz, der für das praktische Handeln maßgebend ist.“

Zwar meint das Blatt, der Internationalismus als Theorie und als erstrebenswertes Ziel müsse hochgehalten und gefördert werden. „Aber“, so fügt es hinzu, „es wäre falsch und verhängnisvoll, wollten wir übertriebene Hoffnungen setzen auf eine Internationalität, die nach Lage der Sache notwendigerweise bis auf weiteres ein Traum bleiben muß, denn keine Erfüllung winkt. Darum kommt es zunächst darauf an, daß die deutsche Arbeiterklasse im Rahmen des Verhältnisses alle Kräfte daran wendet, die Schäden des Krieges wieder auszubessern und unser Wirtschaftsleben wieder anzubauen. Die eigene Kraft nur kann uns retten, von außen wird uns keine Hilfe und kein Heil kommen.“

Weniger enttäuscht vom Verjagen der Internationale ist der bekannte Sozialist Franz Kaufkötter, der im „Grundstein“ schreibt: „Gleichlaufend damit (mit der nationalen Geschlossenheit des deutschen Volkes. Red.) beobachten wir im deutschen Proletariat das Gefühl der Befriedigung und des Stolzes darüber, daß einzig und allein die Proletarier der verschiedenen Länder Rechtsbewußtsein und Solidarismus genug besitzen, sich einmütig und entschieden auf die Seite Deutschlands zu stellen und gegen den Rechtsbruch und Gewaltakt zu protestieren.“ Zu protestieren, ja. Aber hatte man sich nicht eigentlich zu mehr verpflichtet?

Preisbewegungsbarometer

	Dez. 1914	Januar 1922	Febr. 1923	März 1923
1. Amtl. Lebenshaltungsindezes (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, ohne Kleidung)	1	611	1034	2408
Amtl. Ernährungsindezes	1	808	1366	3183
2. Amtl. Großhandelsindeg: Monatsdurchschnitt 24. Februar (Stichtag)	1	1475	2785	—
3. Großhandelsindegziffer der „Frankf. Zeitg.“ Anfang des Monats	1	1674	2054	7159
Großhandelspreis für 10 Lebensmittel	1	1670	1894	6549
Kleinhandelspreis für 10 Lebensmittel	1	999	1141	2875
4. Wochenindeg für Großhandel der „Industrie- und Handelszeitung“ 9.-15. Dezember	1	1792	—	—
13.-19. Januar	1	—	3293	—
20.-26. Januar	1	—	4081	—
27. 1.-2. Februar	1	—	—	6874
3.-9. Februar	1	—	—	7575
10.-16. Februar	1	—	—	7051
17.-23. Februar	1	—	—	6650
24. 2.-2. März	1	—	—	6815
5. Ankaufspreis der Reichsbank vom 19. Februar ab: Gold: für 10 M	—	—	—	42500
Silber: für 1 M	—	—	—	1500

Die vom Statistischen Reichsamt für den Monatsdurchschnitt Februar errechnete Lebenshaltungsindezesziffer gibt nunmehr eine ungefähre Uebersicht über den Stand der Preisbewegung im vergangenen Monat. 136 Prozent betrug demnach die Preissteigerung gegenüber dem Vormonat. Der Monatsdurchschnitt für die amtliche Ernährungsziffer weist eine 3183fache Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit auf. Die „Frankfurter Zeitung“ berechnet für zehn Lebensmittel im Kleinhandel Anfang März schon eine 1588fache Steigerung, ein Beweis, daß im allgemeinen von einem Rückgang der Kleinhandelspreise nicht die Rede sein kann. Wir bringen erstmalig auch die amtliche Preissteigerung für Bekleidung. Wie man aus ihr erzieht, war im Durchschnitt des Monats Februar bei den Bekleidungsansgaben die Teuerung wesentlich mehr vorgeschritten als bei den übrigen Ausgaben für die Lebenshaltung. Leider ist auch für die nächste Zukunft eine Verbilligung der Textilwaren nicht zu erwarten, zeigt doch die letzte Wochenmessziffer für die Großhandelspreise der „Industrie- und Handelszeitung“ eine Steigerung von 16,6 v. H. gegenüber der vorhergehenden Woche (17.-23. Februar). Die Tatsache, daß die Masse der Verbraucher bei dem in Deutschland so knappen Einkommen sich bislang nicht einmal die zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft notwendigen Ernährung kaufen konnte, macht zur Gewissheit, daß bei den gegenwärtigen Teuerung- und Einkommensverhältnissen an eine Wiederbeschaffung der zum Leben notwendigen Bekleidung fast nicht mehr gedacht werden kann. Kaufkraftmangel der Verbraucher, Betriebsbeschränkungen und sogar Stillstand der Betriebe werden die nächstliegenden Folgen sein. — Auch die in der letzten Zeit vorübergehend in Erscheinung getretene geringe Senkung der Großhandelspreise scheint leider zu einem Stillstand gekommen zu sein, denn die letzte Berechnung der „Industrie und Handelszeitung“ bringt für die Zeit vom 24. Februar bis 2. März wiederum eine, wenn auch kleine Steigerung von 2,5 v. H. gegenüber der vorhergehenden Woche.

Wirtschaftliche Bewegung

Feuerung- und Schornsteinbauwerke.
Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Taxifabteilung) Berlin NW 6, den 25. Febr. 1923
Luisenstr. 33
Fernspr.: Norden 11900
Nr. VI 1130/83.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt.

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe

- e. B.; Deutscher Arbeitgeberverband für Feuerungs- und Schornsteinbau e. B.;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Bauarbeiterverband; Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.
2. Abgeschlossen am 3. März 1922 (Reichslohn- und Arbeitsvertrag).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter für feuerungstechnische Arbeiten und an Arbeitsstätten, wo feuerungstechnische Arbeiten ausgeführt werden. (Abschnitt I des Tarifvertrages.) Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsanträge von Feuerungs- und Schornsteinbau-Arbeitern, die in Betrieben, die nicht Feuerungs- oder Schornsteinbaubetriebe sind, ständig mit Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten beschäftigt werden.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches mit Ausnahme des zum ehemaligen Ostpreußengebiet gehörigen Teils Deutsch-Obererschlesiens. Die Ausdehnung hierauf bleibt vorbehalten.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Abschnitt II Satz 2 und 3 des Tarifvertrages.
6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1922.
- Mit dem angegebenen Zeitpunkte tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Inhaltes vom 3. Juli 1920 zum Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe vom 18. Mai 1920 außer Kraft.
- In Vertretung: gen. Rögger.

Bericht Karlsruhe

Schiedsspruch vom 5. März 1923

Für die Zeit vom 1. März bis 21. März 1923 einschließlich wird den gelehrten Bauarbeitern, die in den Arbeitsgebieten Mittelbaden und Oberbaden beschäftigt sind, auf den bestehenden Stundenlohn eine Erhöhung von 500 R. bewilligt.

Die Zulagen für die übrigen Arbeiter errechnen sich nach dem bisherigen Tariffußfuß.

Der Stundenlohn beträgt somit 1950,- R.

Aus dem Verbandsleben

Zwei Verbandsangestellte ausgewiesen!

Kollege Sennelamp, Kollegebeamter unseres Verbandes in Esslingen und Vorsitzender des dortigen Gewerkschaftskartells, ist von den Franzosen ausgewiesen worden; auch seine Familie erhielt den Ausweisungsbefehl. Als Grund für die Ausweisung wurde angegeben, daß er „preussischer Beamter“ und „ein gefährlicher Mensch“ sei. Kollege Sennelamp hatte sich geweigert, die Person anzugeben, die der Esslinger Bevölkerung die neuesten Daten der französischen Soldaten sowie die entsprechenden Gegenmaßnahmen der Bürgerwehr zur Kenntnis gebracht hatte.

Der zweite Fall betrifft den Kollegen Artmann, Kollegebeamter unseres Verbandes in Reddinghausen. Es liegt uns darüber vorerst nur der Bericht des „Deutschen“ vor: „Am Morgen des 8. März brangen Soldaten, nachdem zwei Gewerkschaftsbeamte das Haus betreten hatten (weitere waren rechtzeitig gewarnt worden), in die Büros ein. Außer den beiden Gewerkschaftsbeamten wurden alle in geschäftlichen Angelegenheiten die Büros aufsuchenden Personen, unter denen sich die Ehefrau des einen Beamten, das weibliche Personal und einige Funktionäre der Organisationen befanden, in Haft genommen. Eine Durchsuchung sämtlicher Räume wurde vorgenommen. Schränke und Behälter, von denen die Schlüssel infolge Abwesenheit der betreffenden Beamten nicht herbeigebracht werden konnten, wurden gewaltsam geöffnet und demoliert. Nach Beendigung der Durchsuchung wurden alle Verhafteten gegen Mittag freigelassen, mit Ausnahme des Beamten des christlichen Bauarbeiter-Verbandes, Herrn A. Artmann. Dieser wurde in einem herbeigebrachten Auto der Besatzungstruppen fortgebracht. Sein Aufenthalt war bisher nicht zu ermitteln.“

Nach den Tatsachen und Beamten die Gewerkschaftsführer. Es war voranzujehen, daß es so kam. Bereits hat eine ganze Reihe von Angestellten der Eisenbahngewerkschaften das besetzte Gebiet verlassen müssen. Die Kollegen Sennelamp und Artmann werden nicht die letzten sein. Nur können sich die Eindringlinge, wenn sie sterben, den Widerstand der Arbeiterklasse auf diese Weise nicht zu kriegen.

Bau-Rundschau

Eine besondere Förderung der Bautätigkeit im Ruhrgebiet

fordert ein Dr. B. in einer Aufsicht an der „Deutschen“. Darin heißt es:

„Da die Ausfuhr von Kohle aus dem Ruhrgebiet unmöglich ist, gibt es nur zwei Mittel zur Abhilfe: Steigerung des Verbrauchs im Ruhrgebiet selbst oder Verdrängung der Förderung. So weit wie möglich ist natürlich der letztere Weg vorzuziehen. Es ist also in erster Linie Steigerung der wasserbrauchenden Eisen- und Stahlherzeugung, dann aber auch vermehrter Kohlenverbrauch der weiter verarbeitenden Industrie anzustreben. Seides bedingt natürlich verstärkte Arbeiterzahl, für welche neben Ernährung vor allem Wohnung zu beschaffen ist, falls die Arbeiter nicht aus dem Gebiet selbst, insbesondere aus den Bergarbeitern, gewonnen werden. Der Bau neuer Wohnungen ist somit eine der wichtigsten Bedingungen, um die schwierige Lage des Ruhrgebietes erträglicher zu machen, und zwar auch noch aus anderen Gründen. Bekanntlich bestehen im Ruhrgebiet außerordentlich viele Ziegeleien, welche bislang unter Kohlenmangel zu leiden hatten. Eine Verstärkung der Bautätigkeit und erhöhte Nachfrage nach Ziegeln würde die Ziegeleien zu erhöhter Erzeugung und damit zu verstärktem Kohlenverbrauch anregen. Im verflochtenen Sommer klagten die Zechen allgemein über starke Abwanderung von Bergarbeitern zu den Bauarbeitern. Was damals unangenehm war, erscheint heute wünschenswert. Daß eine Vermehrung der Wohnungen gerade mit Rücksicht auf die Last der Befahrung besonders zu erstreben ist, erscheint selbstverständlich. Von allen Seiten betrachtet, ist eine Förderung des Wohnungsbaues somit sehr danach angelegt, die Nachteile des Kohlenmangels abzumildern. Wie den im Wohnungsbau zutage getretenen Mängeln abzuwehren sei, bleibe hier in diesem Zusammenhang unerörtert. Es ist aber nicht angängig, daß z. B. in Dortmund Häuser, die von einer dem städtischen Wohnungsdirektor unterstehenden gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft begonnen waren, wegen Mangels an Geld halb fertig stehen bleiben, daß weitere große Pläne nicht ausgeführt werden. Durch Kredite oder auf andere Weise muß den Gemeinden und gemeinnützigen Gesellschaften das Bauen in großem Maße ermöglicht werden. Gelingt dies, so wird das Ruhrgebiet von der Ueberfüllung mit Kohlen wenigstens den Vorteil haben, daß jetzt die längst notwendig gewordenen Wohnungen gebaut werden. Das macht auch manche Arbeitslosenunterstützung überflüssig und wird ein Zeichen unbeeinträchtigt deutscher Fähigkeit sein.“

um die schwierige Lage des Ruhrgebietes erträglicher zu machen, und zwar auch noch aus anderen Gründen. Bekanntlich bestehen im Ruhrgebiet außerordentlich viele Ziegeleien, welche bislang unter Kohlenmangel zu leiden hatten. Eine Verstärkung der Bautätigkeit und erhöhte Nachfrage nach Ziegeln würde die Ziegeleien zu erhöhter Erzeugung und damit zu verstärktem Kohlenverbrauch anregen. Im verflochtenen Sommer klagten die Zechen allgemein über starke Abwanderung von Bergarbeitern zu den Bauarbeitern. Was damals unangenehm war, erscheint heute wünschenswert. Daß eine Vermehrung der Wohnungen gerade mit Rücksicht auf die Last der Befahrung besonders zu erstreben ist, erscheint selbstverständlich. Von allen Seiten betrachtet, ist eine Förderung des Wohnungsbaues somit sehr danach angelegt, die Nachteile des Kohlenmangels abzumildern. Wie den im Wohnungsbau zutage getretenen Mängeln abzuwehren sei, bleibe hier in diesem Zusammenhang unerörtert. Es ist aber nicht angängig, daß z. B. in Dortmund Häuser, die von einer dem städtischen Wohnungsdirektor unterstehenden gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft begonnen waren, wegen Mangels an Geld halb fertig stehen bleiben, daß weitere große Pläne nicht ausgeführt werden. Durch Kredite oder auf andere Weise muß den Gemeinden und gemeinnützigen Gesellschaften das Bauen in großem Maße ermöglicht werden. Gelingt dies, so wird das Ruhrgebiet von der Ueberfüllung mit Kohlen wenigstens den Vorteil haben, daß jetzt die längst notwendig gewordenen Wohnungen gebaut werden. Das macht auch manche Arbeitslosenunterstützung überflüssig und wird ein Zeichen unbeeinträchtigt deutscher Fähigkeit sein.“

Vorstehende Ausführungen erscheinen uns nach mancherlei Richtung hin sehr beachtenswert. Durch den verstärkten Bau von Wohnungen bekämpfen wir die Wohnungsnot, beschäftigen Tausende mit produktiver Arbeit, die sonst auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen wären, und schaffen schließlich Werte, die uns auch die Franzosen nicht zu rauben vermögen.

Sozialversicherung

Unangestelltenversicherung. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte teilt mit: Die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. Februar 1923 von 1,2 Millionen auf 1,2 Millionen Mark erhöht worden. Eine Abänderung der bisherigen Gehalts- und Beitragsklassen ist nicht erfolgt. Es sind mithin bei einem monatlichen Verdienst von 60 000 bis 350 000 Mark Beiträge in Klasse 13 mit monatlich 4840 Mark zu zahlen. Wer die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, ohne seinen Arbeitgeber oder seine Stellung zu wechseln, scheidet erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberschreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht aus. Nach der großen Novelle vom 10. November 1922 dürfen bei der freiwilligen Weiterversicherung die Beiträge nicht niedriger sein, als dem Durchschnitt der letzten sechs Pflichtbeiträge entspricht, es sei denn, daß niedrigeres Einkommen nachgewiesen wird.

Bücherchau

Volksgemeinschaft, Geisteskultur und Sozialpolitik. Von Prof. Dr. Duntmann. Band 7 der „Bücher der Arbeit“. G. G. Verlag, Duisburg. 100 Seiten. Preis kartoniert 60 Pf., Grundpreis mal Buchindexziffer. Ortsverwaltungen Rabatt.

Der neu erschienene Band 7 Volksgemeinschaft, Geisteskultur, Sozialpolitik des durch sein Buch über den „Beruf“ bekannten Professor Dr. Duntmann bedeutet für die Bibliothek einer jeden Ortsverwaltung und jedes Vertrauensmannes eine wesentliche Bereicherung. Bis jetzt fehlte in der christlichen Gewerkschaftsliteratur ein Werk, das die tiefen Zusammenhänge zwischen Volksgemeinschaft, Kultur und sozialen Strömungen erfassend darstellte. Es wird zwar allgemein von Volksgemeinschaft geredet, aber damit ist doch häufig nur ein sehr vager Begriff verbunden. Duntmann geht bis an die Wurzeln über den Begriff und das Wesen der Gemeinschaft und kommt, ohne auf ein übernatürliches Moment Bezug zu nehmen, zu dem einwandfrei bewiesenen Satz, daß Gemeinschaft und Gemeinheitsgeist nur möglich sind auf dem Boden des Christentums. Damit stellt er auch die Frage der materialistischen Geistesauffassung auf und mit merkwürdiger kritischer Schärfe folgt er ihr bis zu ihren letzten Scheinbeweisen, die vor der Bucht seiner Darlegungen zusammenbrechen.

Gerade in unseren Tagen, wo der Kampf um die Weltanschauung und die letzten Prinzipien tobt, ist es die Pflicht eines jeden christlichen Gewerkschaftlers, einmal bei sich nachzusehen, ob sein geistiges Rüstzeug auch den Anforderungen gegenüberer „Beweise“ gewachsen ist. Aber nicht nur das, der christliche Gewerkschaftler muß den Gegner auf dem grundsätzlichen Gebiet zu überzeugen verstehen. Und dazu hilft, neben den bis jetzt erschienenen „Büchern der Arbeit“, keiner besser als der neue Band von Professor Duntmann. Er sollte besonders in dieser Zeit zur Lektüre der führenden Kollegen werden, zumal der jetzige Preis von 300 M. sicherlich zu erzwängen ist.

Mathematisches und technisches Formeln- und Tabellenbuch. Ausgabe B für Bau- und Holzgewerbe. Von W. H. Friedrich. Kreuzsche Verlagsbuchhandlung, Magdeburg.

Als technische Unterrichtsanstalten haben auch die gewerblichen Berufsschulen neben den Handwerker- und

Baugewerkschaften Ihre Schüler mit den Anforderungen der Praxis vertraut zu machen. Um dieser Forderung zu genügen und um das Interesse der Schüler stets wach zu halten, sollen diese die in den Werkstätten und auf der Baustelle vorkommenden physikalischen und technischen Vorgänge kennen und anwenden lernen. Bei der kurzen Unterrichtszeit ist es aber gerade in den gewerblichen Berufsschulen nicht möglich, die notwendigen Fach- und Rechenaufgaben durchzurechnen, wenn alle Nebenrechnungen, Wurzelziehen, Inhaltsberechnungen usw. mechanisch ausgeführt werden müssen. — Die Friedrich'schen Formeln- und Tabellenbücher wollen als billige Hilfs- und Nachschlagewerke diese Nebenrechnungen erleichtern. Sie wollen durch die gegebenen Formeln aus der Praxis genommenen Stoff für solche Rechenaufgaben bieten, die in den Rahmen der Handwerkerlehre passen und zugleich für die Praxis Verwendung finden können. Inhaltlich gehen die Tabellen in manchen Punkten über das Ziel der Berufsschule hinaus, da sie auch für weitere Studien Anregung geben wollen.

Alle theoretischen Erörterungen, die für den Elementarschüler nicht ohne weiteres verständlich sind oder durch kurze Erklärungen des Lehrers verständlich gemacht werden können, sind vermieden worden. Viele Formeln sind vereinfacht gegeben, um die Rechnungen zu erleichtern. Die damit erzielbaren Resultate sind aber für die Bedürfnisse der Praktiker vollkommen genau genug. Durch zahlreiche Rechnungsbeispiele eignet sich das Büchlein auch zum Selbstunterricht.

Christlicher Gewerkschaftsbezirk, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 231

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Da die Papierpreise und Druckmaterialien bis zu einer fast unerträglichen Höhe gestiegen sind — ein Exemplar der „Baugewerkschaft“ kostet gegenwärtig annähernd 40,- M. — und die Verbandsmittel zu noch wichtigeren Zwecken in Reserve gehalten werden müssen, hat der Vorstand beschlossen, bis auf weiteres allmonatlich eine Nummer der „Baugewerkschaft“ ausfallen zu lassen. Es wird dadurch bei den gegenwärtigen Gesehungskosten pro Monat die Summe von über 2 000 000 M. erspart. Auf ein Jahr umgerechnet, ist das eine Ersparnis von rund 25 000 000 M. Es soll in der Regel die dritte Nummer im Monat ausfallen. Wir hoffen, daß unsere Verbandsmitglieder dieser aus der Not der Zeit geborenen Maßnahme das nötige Verständnis entgegenbringen werden.

Der Hauptvorstand: J. A. Biedberg.

Bekanntmachung

Aufforderung

Der Maurer August Bürger aus Frelsenhof bei Arnberg wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Remscheid gegenüber nachzukommen. Wer von unseren Kollegen die Adresse des Bürger kennt, wird gebeten, dieselbe an den Unterzeichneten einzusenden.

S. Wergenthal, Remscheid
Heidmannstr. 9.

Sterbetafel.

Unser Kollege **Dieterich Giesen** aus Schwafheim wurde von einem belgischen Krankenauto überfahren und so schwer verletzt, daß er am 20. Februar seinen Verletzungen erlegen ist.

Verwaltungsstelle **Wres.**

Am 26. Februar starb nach kurzer, heftiger Krankheit unser treuer und langjähriger Kollege **Michael Radzkiw** im Alter von 72 Jahren.

Verwaltungsstelle **Hamburg.**

Am 3. März starb unser langjähriges Mitglied, Kollege **Ulrich Hirsch**, nach einer Magenoperation infolge Lungenentzündung im Alter von 53 Jahren. Als Vertrauensmann und Vorstandsmittglied hat er dem Verband in uneigennützigem und ehrlich bestrebt Weise beste Dienste geleistet.

Verwaltungsstelle **München.**

Ehre ihrem Andenken!

Schlesische Baugewerkschaft e. G. m. b. H., Breslau.

Zu der am 21. März, abends 7 1/2 Uhr, in Pacht's Restaurant, Taschenstraße 21, stattfindenden Generalversammlung laden wir hierdurch ein. Wir ersuchen unsere Genossenschaftler, vollzählig zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Rapportbericht.
2. Erhöhung der Geschäftsanteile.
3. Berichtedes.

Der Aufsichtsrat:
J. A.: Franz Gottschall.